

# Öffentliche Sitzung der Stadtoberordneten.

## Wohnungsbaufragen. — Abrechnungen. — Unterstützungsangelegenheiten.

Ungewöhnlich lange währte die öffentliche Sitzung der Stadtoberordneten, die gestern abend von 8.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattfand. Die Sitzung eröffnete erst um 10 Uhr ihr Ende. Es waren insgesamt 20 Damen und Herren des Kollegiums anwesend. Herr Stadt. Hilberger von der bürgerlichen Fraktion leitete die Sitzung. Am Ratstische hatten die Herren Oberbürgermeister Dr. Scheider, Stadtrat Dr. Schroeter und Stadtrat Schumann Platz genommen. Der Zuschauerraum war gut besetzt. Fast alle Zuhörer hielten getreulich bis zum Schlusse aus. Die umfangreiche Tagesordnung wurde unter der Leitung des Herrn Stadtoberordneten-Vorsitzers Gantner erledigt. Die zum Teil sehr wichtigen Beratungsgegenstände boten reichlich Gelegenheit zu Meinungsäußerungen, die im großen ganzen in sachlicher Form vorgetragen wurden. Allerdings nahm auch gestern wieder der kommunistische Hauptredner, Herr Stadt. Vizevorsteher Meier, einen guten Teil kostbarer Zeit für sich in Anspruch. Er benutzte die sich bietende Gelegenheit, lange Reden zu halten, die aber bei den übrigen Stadtoberordneten wenig Gehör finden. Seine im langen und breiten vorgetragenen Wünsche und Einwendungen — vornehmlich in Unterstützungsfragen — verfielen schließlich, weil sie nachgewiesenermaßen nur Agitationszwecken dienen, der Ablehnung. Herr Meier beschönigte auch gestern wieder nur den Standpunkt der kommunistischen Fraktion, in der Meinung, daß sie fast die „ganze Stadt“ hinter sich habe. Es wurde ihm aber deutlich gesagt, daß er sich in einem gewaltigen Irrtum befinde. Von letzterem ist er ja selber selbst überzeugt. Herr Meier spielt sich gern als alleiniger Beschützer der minderbemittelten Bevölkerungsklasse. Er kommt mit übertriebenen Forderungen, die nach Lage der Verhältnisse nicht durchführbar sind. Man ist schließlich in anerkannt vorbildlicher Weise gern bereit, den Hilfsbedürftigen im Rahmen des Möglichen beizustehen und auch in diesem Jahre werden anlässlich des Weihnachtsfestes Beiträge in angemessener Weise gewährt. Alles aber ist in den Augen der kommunistischen Stadtoberordneten Scheinwerk. In früherer Berechnung wird immer mehr verlangt, ohne jedoch die Frage der Deckung zu prüfen. Jede Gelegenheit wird ergriffen, um Agitationspolitik zu treiben. Dies sei hier wiederholt festgestellt. Viele Worte hätte sich gestern Herr Stadt. Meier ersparen können, dann wäre die Sitzung um geraume Zeit früher beendet gewesen.

In Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung müssen wir es uns erlauben, an dieser Stelle auf die unvollständigen Ausführungen des nächtlichen Beschlusses zu verzichten, da in einem Zeitraum von dreieinhalb Stunden sehr viel gesprochen wird.

Da zu Beginn der Sitzung Herr Stadt. Otto noch nicht anwesend war, wurde zunächst Punkt 2 der Tagesordnung: Ausführung des gleichen Wohnungsbauens im Jahre 1929 an der Schüler- und Rajernstraße wie 1928 an der Schüler- und Lindenstraße behandelt.

Zu dieser Angelegenheit, über die Herr Stadt. Tura berichtet, hat der Grundstücks- und Bauauschuss beschlossene, vorzuschlagen, im kommenden Jahre ein ähnliches Bauprojekt, wie dies in diesem Jahre durchgeführt worden ist, ausführen zu lassen. Die dem Vortrage ist auch der Rat beigetreten.

Die SPD-Fraktion hatte dazu folgenden Antrag eingebracht:

1. Ehe über ein einzelnes Bauvorhaben Beschluß gefaßt wird, ist dem Finanzanschuss bez. dem Stadtoberordnetenkollegium eine Uebersicht darüber vorzulegen, welche Bauvorhaben für das nächste Jahr angemeldet sind, und welche Mietzinssteuerermittel zur Verfügung stehen.
2. Zum Wohnungsbau an der Rajernstraße wird im einzelnen beantragt: a) Wenn der Bau beschlossen werden sollte, ist er einem Architekten zu übertragen. Das vorhandene Projekt des Architekten Moritz ist nach der Richtung zu überprüfen, ob nicht eine Anzahl größerer Wohnungen für kinderreiche Familien erstellt werden können, b) vor der endgültigen Beschlußfassung muß ein genauer Finanzierungsplan vorgelegt werden, c) Gemäß dem einstimmigen Beschlusse des Stadtoberordnetenkollegiums ist auch die Genog zur Erhaltung eines Vorschlags über die Weiterführung des Baues und seine Finanzierung aufzufordern.

Obiger Antrag wurde von Herrn Stadt. Vizevorsteher Gantner eingehend begründet. Herr Stadt. Schinkel erklärte, daß sich der Antrag mit den Einwänden, die die bürgerliche Fraktion schon immer bei ähnlichen Projekten vorgebracht habe, decke. Besonders müsse zuerst die Finanzierungsfrage geklärt werden. Die Rechte sei mit der Vertagung der Vorlage einverstanden; sie werde dem zuständigen Ausschuss Vorschläge unterbreiten, wie sie das Projekt zur Durchführung zu bringen wünsche.

Herr Stadt. Meier bemerkte, daß auch die kommunistische Fraktion dem Vertagungsantrage zustimme. Er und sein Fraktionsgenosse seien der Meinung, daß bei Ausführung des Projektes mehr Mittel aus der Mietzinssteuer verwendet werden sollten, damit auch für kinderreiche Familien Wohnungen zu angemessenem Mietpreise erstellt werden könnten.

Herr Stadt. Vizevorsteher Gantner verlas hierauf eine Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der Bauingenieure, die Verteilungsregelung der Erträge aus der Mietzinssteuer betz.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider bemerkte, es sei nicht die Pflicht des Rates, heute bereits eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Man habe nur beabsichtigt, lediglich grundsätzlich zu ermitteln, ob das Stadtoberordnetenkollegium gewillt ist, auch im kommenden Jahre wieder auf die Erstellung einer Anzahl Kleinwohnungen zuzukommen. Herr Oberbürgermeister verbreitete sich alldann des näheren über die Finanzierungsfrage und über sonstige den geplanten Bau betreffende Fragen.

In der weiteren Aussprache wandte sich Herr Stadt. Hilberger gegen zu hohe Mieten, die für kinderreiche Familien unerschwinglich seien.

Herr Stadt. Mehlhorn (Soz.) empfahl den kinderreichen Familien, sich zu organisieren, um geschlossen bei Staat und Reich vorzugehen.

Nachdem die Aussprache erschöpft war, wurde dem Vertagungsantrage der SPD-Fraktion einstimmig zugestimmt.

**Einbau von 10 Mietwohnungen in den ehemaligen Plaziergeräteschuppen in Vorberge betz.**

Die Mittel zu obigem Projekt in Höhe von rd. 30 000 RM. sollen dem 100 000 RM. betragenden Auswahlfonds mit Döbeln entnommen werden. Herr Stadt. Otto (Soz.) begründete die Vorlage, die ein dringendes Erfordernis sei. Die einzelnen Wohnungen würden einen Umfang von bis zu 22 Quadratmetern erhalten.

Herr Stadt. Schinkel hat namens der Rechten, die Vorlage an vertagen, damit dem Kollegium Gelegenheit ge-

geben sei, dem Schuppen zuvor zu beschließen. Er schlägt eine gemeinsame Beschließung vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider wies darauf hin, daß man mit dem Ausbau des Schuppens zu Mietwohnungen die Gasse gegenüber den auf Klüftung verfallenen Mietern weidern wolle. Die Bestimmung, daß der Voranschlag überfritten werden könnte, werde nach Mitteilung des Bauamtes nicht einreten, da die vorgeschlagene Summe schon reichlich bemessen sei. Man glaube, mit dem Projekt eine angemessene Lösung gefunden zu haben, da man in anderen Stadteingemeinden beispielsweise bei Erstellung von Holzbaracken ungünstige Erfahrungen gemacht habe, weil diese den sanitären Vorschriften nicht entsprechen. Er hat, die Bewilligung der 30 000 RM. zu obigem Zwecke aus dem 100 000 RM. Austauschfonds auszusprechen, da die Kreisbauverwaltung grundsätzlich Bedenken gegen die Verwendung der Höhe des Austauschfonds, weil dessen Verwendung bisher noch nicht geklärt scheint, habe. (Die Summe von 100 000 RM. ist als Bauausgabe für das geplante Arbeitsamtgebäude vorgesehen.)

Herr Stadt. Schinkel empfahl nunmehr, den Betrag von 30 000 RM. für obigen Zweck zu nennen, aber zunächst noch keine Entscheidung darüber zu treffen, ob der Bau durchgeführt wird. Dieser Vorschlag wurde mit Mehrheit abgelehnt, die Ratsvorlage hingegen einstimmig angenommen.

**Beschließung des restlichen Teiles der Poppitzer Straße.**

Hierzu wurde einstimmig beschlossen, den restlichen Teil der genannten Straße zu beschließen und gleichzeitig ein noch von früher liegendes, zu enges Schloßentfeld gegen ein neues, weiteres auszutauschen. Die Mittel in Höhe von 2000 RM. wurden bewilligt.

**Beurteilung der Gültigkeit der Vereinbarungen mit der Mitteldeutschen Stahlwerke Akt.-Ges. in Sachen Vertagung der Stückgießerei- und Gießereianlage betz.**

Auf ein diesbezüg. Gesuch, in dem um erneute Verlängerung der Vereinbarungen um weitere 5 Jahre gebeten wird, hat der Rat, wie Herr Stadt. Dr. Mühlmeister berichtete, beschlossen, die Verlängerung auf 1 Jahr auszusprechen. Dem Beschlusse des Rates trat das Kollegium einstimmig bei.

**Beschaffung eines neuen Lastkraftwagens für das Stadtbauamt betz.**

Herr Stadt. Willschmied berichtete, daß der jetzige Lastkraftwagen nicht mehr betriebsfähig und eine etwaige Reparatur unrentabel sei. Bauauschuss und Rat haben deshalb beschlossen, einen neuen Wagen zu beschaffen.

Herr Stadt. Dr. Mühlmeister erklärte, daß die Rechte sich nicht davon überzeugen könne, daß das Bauamt einen neuen Wagen unbedingt benötige, um so mehr, als dem Bauamt auch der Sprengwagen fast 3 Monate für Führer mit zur Verfügung stehe. Es sei zu bezweifeln, ob die Stadt so viel an Fuhrlohn aufzubringen habe, was die Erhaltung eines neuen Lastkraftwagens benötige. Die Rechte beantrage Vertagung der Vorlage zur event. Nachprüfung der Rentabilität.

Der Vertagungsantrag wurde einstimmig angenommen.

**Abrechnung über den Umbau der ehemaligen Seilwerkfabrik.**

Das Rechnungswert wurde von Herrn Stadt. Hilberger vorgetragen. Für den Umbau waren in den außerordentlichen Haushaltsplan 1927 154 800 RM. eingestellt. Nach dem Rechnungsbuche betragen die gesamten Umbaukosten 178 184,65 RM. Der Mehrumschlag beträgt somit 18 384,65 RM. Die Ueberschreibung ist mit 211,51 RM. richtig berechnet. Die Baukosten wurden wie folgt gedeckt:

8 138,34 RM. Materialerlös	
10 000,00 „ Beitrag des Betriebsamtes	
10 000,00 „ Beitrag der Feuerlöschkaste	
9 000,00 „ Anteil an der Wohnungsbaufinanztische	
31 600,00 „ Anteil an der Kasse von 240 000 RM. (Kreditanstalt)	
14 468,54 „ Anteil an der Inhaberpapieranleihe von 1 150 000 RM.	
10 977,77 „ Anteil an der Kasse von 105 000 RM. (Kreditanstalt)	
71 966,00 „ Zuschlagsbeitrag der Kontingentanteile von 51 700 und 48 000 RM.	
<b>178 184,65 RM.</b>	

Die aus dem Erlös der zu gewinnenden Baustoffe in denselben Haushaltsplan eingeseht Einnahme beträgt 18 000,00 RM., die tatsächliche Einnahme: 6 128,44 RM. (Ueberschreibung: 7 776,66 RM.). Zur Begründung ist in dem Rechnungswerte folgendes aufgeführt:

Autobusse:	
Voranschlag	31 800,00 RM.
Ausführungskosten	28 004,70 „
Mehrkosten	3 795,30 „
Unterkunftsgebäude:	
Ersparnis von	8 554,51 RM.
Feuerwehr:	
Mit bereitgestellten Mittel	87 000,00 RM.
Ausführungskosten	84 200,91 „
Mehrkosten	16 489,01 „
Wohnungen:	
Bewilligte Mittel	19 800,00 RM.
Ersparnis	1 702,54 „

Der Rat hat von der Rechnung Kenntnis genommen und dieselbe richtiggeprochen.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider eine Anfrage des Herrn Stadt. Schinkel, der zunächst die Höhe der Ueberschreibung kritisiert hatte und dann über die Rechnungsführung in der Stadtkasse Auskunft erbat, beantwortet hatte, wurden die Mehrkosten einstimmig bewilligt und die Vertagung der Baukosten genehmigt. Herr Stadt. Vizevorsteher Gantner empfahl, dem Gebäude, das immer noch unter der Bezeichnung „ehemalige Seilwerkfabrik“ ercheine, einen entsprechenden Namen zu geben. Es sei früher schon die Bezeichnung „Städtische Halle“ vorgeschlagen worden.

**Abrechnung über den Bau des Maschinenchuppens auf dem städtischen Bauhof.**

Mit der Vertagung war Herr Stadt. Willschmied (Soz.) beauftragt worden. Auch bei diesem Bau hat sich ein Mehrkostenbetrag von 2 178,83 RM. notwändig gemacht. Hierzu hat das städtische Bauamt ein erläuterndes Schreiben beigelegt und mitgeteilt, daß die Mehrkosten in der Anschaffung notwendiger Maschinen und des damit verbundenen Fundamenteinbaues begründet seien. Das Bauamt habe eine gebotene günstige Gelegenheit benutzt, um zusätzliche Haushaltungspläne zu entlassen. — Der Rat hat die Mehrkosten genehmigt und die Rechnung richtiggeprochen.

Herr Stadt. Schinkel verwarf die Handlungsweise des Bauamtes. An Stelle der nachträglichen langen Begründung wäre es richtiger gewesen, das Bauamt hätte die

Kostenlegende vor der Aufstellung der zuzulassigen Stellen vorgetragen und die Einwilligung eingeholt.

Herr Stadt. Tura (Soz.) bemerkte, hier sei einmal der Ausschuss zum Vorteil der Stadt ausgeschaltet worden. Nebenfalls könne man mit der Ueberschreibung des städtischen Bauhofes zufrieden sein.

Herr Stadt. Meier meinte, man müsse nicht vergessen, den Bauhof auch im Interesse der städtischen Arbeiter zu modernisieren. Die Arbeiter hätten keine Gelegenheit, sich zu haben. Er beantrage deshalb, den Bauhof auch zu beantragen, einen Plan für ein zu errichtendes Bad für die städtischen Arbeiter auszubereiten. Dieser Antrag fand einstimmige Unterstützung.

Nachdem zu der Vorlage noch Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider Erläuterungen gegeben und geheißen hatte, nicht allzu scharf zu urteilen, wurde die Rechnung richtiggeprochen und der Mehrumschlag bewilligt.

**Abrechnung über die Errichtung der 12 Reichsbahnstellen für kinderreiche Familien.**

Herr Stadt. Willschmied (Soz.) berichtete, daß bei diesem an der Feldgauerstraße errichteten Bau 1025,00 RM. gegenüber dem Voranschlag erspart worden seien, wodurch erneut erwiesen worden sei, daß der Stadtbaurentabel und Leistungsfähig sei.

Das Kollegium nahm auch von dieser Abrechnung Kenntnis und erklärte sich einverstanden mit der Belastung der Heimstätten mit je einer Hypothek von 11 900 RM. und mit der Vorkaufnahme des Eigenbeitrages von 40,54 RM. von den Heimstätten.

**Die Abrechnungen**

über die Fuhrwerkstellungen in der Grenz- und Range Straße, ferner über Straßen- und Schleusenarbeiten im Stadtteil Weida, sowie über den Umbau des Schloßhofs, der einen Betrag von 30 012 RM. — 123,73 RM. Ueberschlag gegenüber dem Voranschlag — erfordert habe, wurden ebenfalls richtiggeprochen.

**Gesuch der öffentlichen höheren Handelsschule wegen Fortführung der Mädchen-Vorbereitungsklasse.**

Herr Stadt. Vizevorsteher Gantner gab ausnahmsweise den Inhalt eines Schreibens des Vorstandes des Vereins Handelsschule bekannt. Es wird mitgeteilt, daß bereits wieder zahlreiche Meldungen vorliegen, daß es aber nicht möglich sei, die Fortführung der genannten Klasse unter der Bedingung, 20 Prozent des Schulgeldes für Ermäßigung des Schulgeldes minderbemittelter Schülerinnen zu verwenden, zu finanzieren. In anderen Städten sei die städtische Beihilfe für gleiche Verhältnisse bedeutend höher. Der Rat hat beschlossen, die jetzigen 20 Prozent des Schulgeldes als Unterstützung für Schüler minderbemittelter Eltern auf 10 Prozent herabzusetzen.

Herr Stadt. Vizevorsteher Gantner beantragte, die Sache zu vertagen. Seine Fraktion halte den Weg nicht für gegeben, daß Minderbemittelte darunter zu leiden haben sollen. Das sei kein gerechter Zustand. Die Vorlage solle dem Finanzanschuss unterbreitet werden, damit dieser einen gangbaren Weg finde. — Das Kollegium erklärte sich mit der Vertagung im Sinne des Antragstellers einverstanden.

**Ausgabe verbilligter Fahrmarken für die städtischen Kraftomnibusse an Schwerkrankenbetrieblige betz.**

Das Kollegium nahm Kenntnis von der diesbezüglichen Mitteilung des Ausschusses des Betriebsausschusses, den Herr Stadt. Horn erläuterte. Der Beschluß sei den in Frage kommenden Organisationen und Einzelpersonen mitgeteilt worden. Die verbilligten Fahrmarken werden an solche Personen abgegeben, die im Geben beständig und gewohnheitsmäßig, größere Strecken innerhalb des Stadtbezirks zurücklegen, sowie an solche Personen, die der Entnahme verbilligter Fahrmarken bedürftig sind.

Ein Antrag des Herrn Stadt. Meier, allgemein den Sozialrentnern und den städtischen Arbeitern, die Ruhegehalt erhalten, ebenfalls verbilligte Fahrkarten zu gewähren, fand nicht die genügende Unterstützung; er hatte sich somit erledigt.

Herr Stadt. Horn wies darauf hin, daß aus Gerechtigkeitsgründen eine Bevorzugung bestimmter Schichten nicht stattdessen könne. Uebrigens erlasse der Beschluß des Betriebsausschusses alles, was zu erfassen ist. Auch könne jeder, der Anspruch auf Entnahme verbilligter Fahrmarken zu haben glaubte, sich schriftlich an das Betriebsamt wenden, damit das Gesuch geprüft werden könne.

Herr Stadt. Fischer erkannte dankbar an, daß auch Kleinrentner bei Verabreichung verbilligter Fahrmarken berücksichtigt würden.

**Rechnung des städtischen Wasserwerks auf das Betriebsjahr 1927/28.**

Herr Stadt. Dr. Mühlmeister teilte mit, daß die Rechnung geprüft und einige unwesentliche Erinnerungen richtiggeprochen worden seien. — Der Rat hat sich mit den vorgelegenen Rücklagen zum Erneuerungsfonds einverstanden erklärt. Der grobe Wasserwerk während des diesjährigen Sommers mahne, sich entsprechend einzustellen.

Auch das Kollegium sprach die Rechnung richtig. Mit der

**vorübergehenden Uebernahme der Müllabfuhr für ein Barkarische von 4500 RM. für einen Stabier**

erklärte sich das Kollegium einverstanden.

**Nachtrag zur Verkehrsordnung der Stadt Weida betz.**

Als Ergänzung der Riffer 1 des L. Nachtrages zur Verkehrsordnung der Stadt Weida, ist ein redaktioneller Fehler in den Bestimmungen, wonach die Haupt- und Bahnhofstraße als Verkehrsstraße 1. Ordnung bestimmt worden sind, richtigzustellen beabsichtigt, das eingefügt wird: Hauptstraße (einschließlich der Nordseite des Rosenplatzes).

Der Vizepräsident des städtischen Volkswesens, Herr Stadtrat Dr. Schroeter, gab Erläuterungen auf verschiedene Anfragen, die Grenze der Bahnhofstraße, die Verkehrsstraße zwischen Hüttenhaus und „Deutsches Haus“, sowie die angebrachten Verkehrszeichen betz.

Herr Stadt. Vizevorsteher Gantner beantragte, für Weida, die sich mit dem Auto in Ausbildung ihres Betriebs unterwegs befinden, eine Ausnahmevorschrift für die Stadt Weida zu erlassen. Der Antrag fand die Unterstützung des Kollegiums.

In den Bestimmungen des Ortsgesetzes, den Verkehr auf der Haupt- und Bahnhofstraße betz., wurde, um nicht immer wieder Zusätze beschließen zu müssen, angeregt, zunächst eine zeitliche Befristung zu sammeln und eventuell, sich nötig machende Änderungen vorzunehmen.

**Bühnenhandlungen am Volkstheater „Capitol“ betz.**

Mit dieser Angelegenheit hat sich bekanntlich das Kollegium bereits in einer früheren Sitzung eingehend beschäftigt und seinerzeit beschlossen, daß über die Regelung der Deckungsfrage zuvor der Finanzanschuss nachmals beraten soll. Es wurde nunmehr bekanntgegeben, daß der zuständige Ausschuss damit einverstanden ist, daß die erforderlichen